



18. Wahlperiode

Drucksache 18/5591

HESSISCHER LANDTAG

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend statt Postengeschachere in der Landesregierung: Was jetzt für Hessen zu tun wäre

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag nimmt die aktuellen Personalentwicklungen im Kultus- und Wirtschaftsministerium mit Befremden zur Kenntnis. Er kritisiert, dass bei der Besetzung von Minister- und Staatssekretärsposten nicht mehr das Interesse der Bürgerinnen und Bürger sondern die Interessen einer Partei im Vordergrund stehen.
2. Der Landtag bedauert, dass mit den Ministerwechseln nicht auch eine inhaltliche Korrektur der Politik erfolgen soll. Er stellt fest: nicht die Personen sind das primäre Problem, sondern die Politik, die im Kultus- und Wirtschaftsministerium gemacht wird.
3. Statt darüber zu diskutieren, mit welchen Posten die Wahlchancen der FDP vermeintlich verbessert werden könnte, hält es der Landtag für erforderlich die eigentlichen Herausforderungen in der Bildungs-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik endlich anzugehen. Dazu gehören unter anderem:
 - Im Bereich des Kultusministeriums: Einlösung des Versprechens einer 105%-Lehrerversorgung, Ausbau von echten Ganztagschulen, Beseitigung des nach wie vor vorhandenen Chaos in der Lehrerausbildung, grundlegende Überarbeitung der Verordnung zum Thema Inklusion im Dialog mit dem Landeselternbeirat und den Praktikern an den Schulen, Rücknahme der Pläne für die zentralistische Monsterbehörde Landesschulamt, Rückzug aus den Schützengräben des Schulkampfs vergangener Jahrzehnte und Schulentwicklung in Richtung eines Zwei-Säulen-Schulmodells, wie es andere Bundesländer längst machen
 - Im Bereich des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums: ein sauberes und transparentes Verfahren mit größtmöglicher Bürgerbeteiligung beim Thema Flughafen statt ein erneutes Hau-Ruck-Verfahren hinter verschlossenen Türen, eine wirksame Wirtschaftsförderung statt parteipolitischem Postengeschachere auch an der Spitze der HessenAgentur, Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Gestaltung des Strukturwandels durch die Demografie statt Fortsetzung der Betonmischer-Politik der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts, Verwirklichung moderner Mobilitätskonzepte und Stärkung von Bussen und Bahnen statt Bau immer neuer Straßen und Steuergeldgräber wie den Flughafen Kassel-Calden.

4. Der Landtag distanziert sich von dem Politikstil des stellvertretenden Ministerpräsidenten, Jörg-Uwe Hahn, der im Habitus eines römischen Kaisers seinen Daumen über einzelne Kabinettsmitglieder senkte und sich mit spätrömischer Dekadenz selbst schon mal zum Spitzenkandidaten seiner Partei ausgerufen hat. Der Landtag stellt fest, dass im Bereich des von Jörg-Uwe Hahn verantworteten Ressorts bislang weder der islamische Religionsunterricht verwirklicht wurde noch sonst irgendein integrationspolitischer Ansatz über den Status eines Modellversuchs hinaus gekommen ist.

Wiesbaden, den 2. Mai 2012

**Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir**